

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis: durch die Post bezogen 1 M. — Unter Kreuzband 1 M. 25 Pf. — Alle Postanfragen, für Berlin alle Zeitungs-Spediteure, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf., Vereinsanzeigen 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O., Weißmalzbr. 221/22. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

von
Dr. Max Sirsch.

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandsleiter Kuboll Klein, N.O., Weißmalzbr. 221/22, einzuwenden sind. Für Mitglieder 25 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerksvereine 25 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 2.

Berlin, 13. Januar 1905

Siebentunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

An die Bergleute im Ruhrgebiet! — Konfessionelle oder Simultanschule?
— Der Arbeitsmarkt im Jahre 1904. — Ueber den „ursächlichen Zusammenhang“ auf dem Gebiete der Unfallversicherung nach der Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts. — Wochenchau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

An die Bergleute im Ruhrgebiet!

Auf Seite „Bruchstraße“ ist die Belegschaft in den Streik eingetreten. Es handelt sich dort um die Abwehr einer Verlängerung der Schichtdauer. Alle Bemühungen der Arbeiter und ihrer gewählten Führer, auf friedlichem Wege die Differenz auszugleichen, sind an der Halsarrigkeit der Belegschaft gescheitert. Sie will obendrein der Öffentlichkeit glauben machen, es handle sich nur um eine „Seilfahrtsveränderung“, nicht um eine Verlängerung der Schicht. Alle Praktiker wissen aber, daß die sogenannte „Seilfahrtsveränderung“ tatsächlich auf eine Verlängerung der Schichtdauer hinausläuft.

Unterzeichnete Vorstände erklären, daß sie einer Schichtverlängerung unter keinen Umständen zustimmen dürfen noch wollen, sondern im Interesse der Aufbesserung der sehr zerrütteten Arbeitergesundheit eine gefällige Schichtverkürzung für nötig halten. Deshalb sprechen wir den Streikenden auf „Bruchstraße“ unsere volle Sympathie aus und versprechen, sie moralisch und finanziell in ihrem ihnen augenblicklichen Kampfe zu unterstützen. Ferner verpflichten sich die unterzeichneten Vorstände, jeden Versuch der Werksbesitzer, auch auf anderen Belegen die ohnehin zu lange Arbeitszeit noch zu verlängern, mit der gebührenden Entschiedenheit entgegen zu treten. Dies sind wir der Kameradschaft und der Ehre unserer Organisation schuldig.

Zugleich sind wir entschlossen, schleunigst eine Eingabe an die Regierung und an die Parlamente zu richten zu dem Zwecke, diese Faktoren zur schnellen, arbeiterschützenden Gesetzesreform zu veranlassen. Wir verlangen eine präzise, gefällige Regelung der Schichtzeit, der Seilfahrtszeit, der Gebirgs- und Bohrabmachung, Abschaffung des Nullens, dafür Bezahlung nach Gewicht der Leistung, Zulassung von Arbeiterkontrollleuren zur Ueberwachung der Leistungsberechnung (Wiegekontrollleure) und zur Inspizierung der Betriebe zwecks Verhütung von Unfällen Arbeiterkontrollleure. Ferner verlangen wir gefällige Regelung des jetzt sehr im Argen liegenden Unterstützungs-Kassenwesens; auch Schutz der Arbeiter vor Brutalitäten gewisser Beamten.

Indem die Vorstände unterzeichneter Organisationen, die zusammen im Ruhrgebiet über 111 000 Mitglieder umfassen, sich vereinigten zur kameradschaftlichen Abwehr, insbesondere alle Versuche, die Schichtzeit zu verlängern, und schleunigst die entscheidenden Faktoren zum Eingreifen zum Schutze der Bergarbeiter veranlassen wollen, richten wir auch dringend das Ersuchen an alle Kameraden, den gewählten Führern unbedingt Gefolgschaft zu leisten, straffe Disziplin zu halten. Keine Belegschaft darf ohne Einverständnis und Zustimmung der Organisationsleiter vorgehen. Wenn die Belegschaften gern einen allgemeinen Streik sehen, so müssen wir gerade deshalb vor einer wilden, unüberlegten Arbeitsbeeinträchtigung eindringlichst warnen! Um die jetzige Zeit wäre nach unserer festen Ueberzeugung ein allgemeiner Streik ein Unheil für die Bergleute, die Unternehmern nur hätten davon Nutzen. Kameraden, hört darum auf die Stimmen eurer gewählten Führer! Wir wollen nur euer Bestes. Bewahrt unbedingt die Ruhe, thut keinen Schritt ohne euch vor-

her mit den Organisationsleitern verhandelt zu haben. Selbst aber auch den für ihr gutes Recht kämpfenden Kameraden auf „Bruchstraße“, indem ihr den Zugzug von jener Seite streng fern haltet, keine Streikbrecher liefert, alle Ueberführungen, die zur Kohlenförderung dienen sollen, verweigert. Damit unterstützt ihr die Bruchträger viel besser als durch einen Streik, auf den gewisse Unternehmer lauern.

Kameraden! In hocherregter Zeit rufen wir euch zu: Haltet straffe Disziplin, laßt euch nicht provozieren, bewahrt vollständige Ruhe, und stärkt so schnell ihr nur könnt eure Organisationen. Einigkeit macht stark! Mit herzlichem Glück auf!

Für den Bergarbeiterverband.

H. Sasse.

Für den christlichen Gewerksverein.

Herm. Köster.

Für den Sirsch-Dauder'schen Gewerksverein der Bergleute.

B. Hammacher.

Für die polnische Berufsvereinigung.

„Zjednowanie rawod. polskie“.

Soł. Brzeski

Δ Konfessionelle oder Simultanschule?

Aus Anlaß eines im preussischen Abgeordnetenhaus von den rechtsstehenden Parteien eingebrachten Antrages beschäftigten sich die Gebildeten aus ganz Deutschland von Neuem mit der Frage, ob der Simultanschule oder der konfessionellen Schule der Vorzug zu geben sei. Die Tageszeitungen nehmen Theil an diesen Auseinandersetzungen, und so ist es gewiß der Wunsch aller unserer Verbandsgenossen, gleichviel, ob sie Anhänger der einen oder anderen Schulart sind, diese überaus wichtige Frage vom wissenschaftlichen Standpunkt beleuchtet zu sehen.

Konfessionelle Schulen sind solche, in welcher nur Kinder desselben Glaubens unterrichtet werden, also katholische, evangelische, jüdische u. s. w. Schulen, hingegen in der Simultanschule die katholischen, evangelischen und jüdischen u. s. w. Kinder friedlich nebeneinander auf derselben Schulbank sitzen und auch das Lehrpersonal in gleicher Weise gemischt ist. Dreimal Sieben ist Ein- und zwanzig. Das gilt für alle Kinder ohne Unterschied des Glaubens. Es giebt kein konfessionelles Einmaleins. Ebenso sieht es mit dem ABC, auch dies wird für alle Kinder ohne Unterschied des Glaubens in gleicher Weise gelehrt. Rechnen, Lesen, Schreiben kann gar nicht konfessionell gelehrt werden. Diese wichtigen Dinge sind ebenso interkonfessionell, wie es der Hunger ist, der den katholischen Arbeiter ebenso schmerzt und elend macht, wie den evangelischen.

Für die konfessionelle Schule wird geltend gemacht, daß, abgesehen vom Religionsunterricht, der in jeder Schulart natürlich nur konfessionell erteilt werden kann, die Lehrer der gemischten Schulen beim Unterricht in Geschichte, Literatur und Naturwissenschaft große Schwierigkeiten hätten, das den verschiedenen Bekenntnissen Anstößige zu vermeiden. In der konfessionellen Schule könne jeder Lehrer vom Standpunkte seines Glaubens in allen diesen Dingen frisch von der Leber heruntersprechen. Das ist auch zweifellos richtig. Es kommt aber hiergegen wieder in Betracht, so antworten die Anhänger der Simultanschulen, daß mit dem Unterricht im engen Rahmen der Konfessionalität Saatkörner des Hasses in die jungen Herzen gesäet werden. Das ist auch richtig,

wie der Verfasser dieses Aufsatze aus eigener Erfahrung sagen kann, da er in einer konfessionellen Volksschule unterrichtet wurde. Die Wirkung des konfessionellen Geschichtsunterrichts zeigte sich nach Schluß auf der Straße, wo es zwischen den Kindern der verschiedenen Schulen oftmals zu einer regelrechten Keilerei kam. Die evangelischen Kinder wurden „luther'sche Dickköpfe“ und die katholischen „katholische Ratten“ genannt, um hier nur die gebräuchlichsten Schimpfworte anzuführen. Trotz dieses Streits der Volksschüler untereinander, hielten diese wieder zusammen im Kampfe gegen die Schüler des Gymnasiums, die „Knafter“ geheissen wurden. Die „Knafter“ ihrerseits hielten ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses zusammen, denn das Gymnasium war simultan, für die Söhne der besser situierten Eltern hielt man eben eine konfessionelle Trennung im Unterricht nicht für nötig. Das war ein Grund zum Nachdenken.

Dieses Nachdenken hat den Verfasser zum Anhänger der allgemeinen Volksschule gemacht. Die allgemeine Volksschule ist allerdings eine Simultanschule, aber sie muß noch etwas mehr sein, sie muß die Stätte sein, in welcher die Kinder nicht nur ohne Unterschied der Religion, sondern auch ohne Unterschied des Besitzes an materiellen Gütern die Grundlage ihrer Bildung erhalten. Alle Kinder, reiche oder arme, katholische, evangelische, jüdische u. s. w. sollten unterschiedslos in der einen allgemeinen Volksschule unterrichtet werden. Nach vierjährigem Unterricht wird sich zeigen, welche Kinder natürliche Intelligenz besitzen und sich daher für die Erklommung höchster Stufen der Bildung eignen. Diesen Kindern muß aus allgemeinen Mitteln geholfen werden, Gymnasien und eventuell auch die Universität zu besuchen. Für die Entscheidung zum höheren Unterricht darf nicht maßgebend sein die Menge des Geldes imbeutel des Vaters, sondern die Menge der Grütze im Kopfe des Schülers, allein diese muß dafür den Ausschlag geben.

Auch in der allgemeinen Volksschule können die Kinder in den religiösen Dingen durch Geistliche derjenigen Kirche unterrichtet werden, zu welcher sie durch das Bekenntnis ihrer Eltern gehören.

Der gemeinsame Unterricht in den Elementarfächern und den Wissenschaften hat für die einheitliche nationale Erziehung des Volkes so große Vortheile, daß man die Nachteile, die damit verbunden sein mögen, dafür gern eintauschen kann. Durch konfessionelle Schulen wird die bürgerliche Zwietschheit gefördert, durch sie werden der Verhegung und Verfeinerung die Thore geöffnet. Die konfessionelle Schule gehört daher auch mit zu den tieferen Ursachen für die Uneinigkeit der Arbeiter. Die Schule muß bürgerliche Eintracht lehren, wenn sie dem Volke und Vaterlande fortschreitend dienen will, die Konfessionsschule kann diese hohe Aufgabe nicht erfüllen, wenn sie auch den Willen dazu hätte.

Je höher die Bildung eines Volkes steht, je besser ist es um seinen Wohlstand bestellt. Die Konfessionsschule ist vielfach ein Hindernis für die Ausbreitung der Bildung. Was soll man dazu sagen, wenn, wie Lewis in seiner Schrift: „Schulkompromiß, konfessionelle Schule, Simultanschule“, Berlin 1904, den Nachweis führen kann, daß es zahlreiche Orte giebt, wo neben vollentwickelten evangelischen Schulsystemen einklassige katholische oder jüdische Schulen mit 40, 20, 6, 5 Schülern bestehen und ähnlich umgekehrt? Werden die hierfür zerplittert verwendeten materiellen und geistigen Güter zusammengethan, dann kann man noch etwas sparen und doch eine erfolgreiche Schule errichten und durchführen, während so mit verhältnismäßig reichen Mitteln nur höchst unvollkommenes geleistet werden kann.

Um die religiöse Erziehung der Jugend hat sich die betreffende Religionsgemeinschaft zu kümmern. In der Volksschule sind Volksbürger zu erziehen, nicht Christen, Juden, Heiden u. s. w., denn der Staat, der die Aufsicht über die Schulen führt, ist keine Glaubensgemeinschaft, sondern eine Rechtsgemeinschaft.

Bürgerliche Zucht und Tugend, Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit, Rechtlichkeit und Güte sind nicht das Monopol irgend einer Konfession. Der Staat aber muß als Hüter und Schutzherr von Wissenschaft und Kunst, von Gewissens- und Lehrfreiheit als Träger der Rechtspflege den sittlichen Idealen des Wahren und Guten freie Bahn schaffen.

Eine dritte Richtung will an die Stelle des konfessionellen Unterrichts einen Unterricht der Moral und guten Sitte setzen und fordert daher die weltliche Schule. Auch dafür werden sehr vernünftige Gründe angeführt, aber auch die Freunde dieser Erziehungsmethode erkennen an, daß auf abschbare Zeit keine Aussicht besteht, diese Ideen in der Volksschule durchzuführen, und so setzen sie in der Simultanschule das „kleinere Uebel“ gegenüber der Konfessionsschule.

Die Deutsche Gesellschaft für Ethische Kultur hielt am 14. Oktober v. J. eine Versammlung ab zur Erörterung der Frage: „Konfessionelle oder weltliche Schule“. Die hierbei gehaltenen Ansprachen von Professor Dr. Döring, Dr. R. Benzig und Professor Dr. Bruno Meyer sind in Form einer kleinen Brochüre erschienen und wird dieselbe vom Verlag für Ethische Kultur, Berlin SW. 48, gern an alle Freunde ihrer Bestrebungen abgegeben.

Wir möchten glauben, daß auch die fest auf dem Boden ihrer kirchlichen Anschauung stehenden deutschen Arbeiter den schlichlichsten Wunsch haben, die Volksschulen so hoch wie möglich zu stellen. Dieses kann unseres Dafürhaltens erreicht werden, wenn hierbei auch der Religion ihr Recht gewahrt bleibt durch Ertheilung eines konfessionellen Religionsunterrichts in für alle anderen Lehrfächer und Wissenschaften interkonfessionellen Schulen. Das Wort von Jesus Christus: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, Gott, was Gottes ist!, muß auf diese Frage übertragen lauten: Konfessionsunterricht den Konfessionen, dem Staate aber die öffentlichen Schulen und die sittliche Erziehung der Jugend.

Der Arbeitsmarkt im Jahre 1904.

Ueber die allgemeine Signatur des Wirtschaftsjahres 1904 dürften die Ansichten sehr stark auseinandergehen. Es läßt sich zwar nicht bestreiten, daß die Besserung der Konjunktur, die seit Ende 1902 sich bemerkbar macht, auch im nunmehr abgeschlossenen Jahre noch angehalten hat. Aber der Grad der Besserung gegenüber 1903, der in den ersten Monaten des Berichtsjahres noch ziemlich beträchtlich war, ging etwa von April ab langsam und ständig, fast von Monat zu Monat zurück. So daß die Konjunkturfurbe am Jahresluß kaum höher steht als Ende 1903. Soll man in dieser Ermattung ein bedrückendes Anzeichen erblicken, das eine neue unglückliche Wendung der wirtschaftlichen Lage signalisiert, oder hat die Erholung nur eine vorübergehende Unterbrechung erfahren, die zu Befürchtungen keinen Anlaß giebt?

Daß der Grad der Besserung des Beschäftigungsgrades gegenüber 1903 etwa von April ab nachgelassen hat, ist hauptsächlich auf die zunehmende Verschlechterung im Kohlenbergbau und im Eisengewerbe zurückzuführen. Im Kohlenbergbau brachte schon der Monat März ein recht wenig günstiges Verhältnis zwischen Förderung und Absatz, ohne daß indessen die Förderung im April dadurch schon ungünstig beeinflusst worden wäre. Dies war erst vom Mai ab der Fall. Die Zunahme der Produktion vom April auf Mai war im laufenden Jahre etwa um das Zehnfache geringer als 1903. Aber auch diese geringe Zunahme der Förderung durch noch in argem Mißverhältnis zu der Gestaltung des Absatzes. Der Abzug war so schwach, daß nicht nur auf der Mehrzahl der Zeugen in steigendem Maße Feierschichten eingeleitet werden mußten, es sammelten sich auch große Kohlenmengen auf Lager an. Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat war gezwungen, seine Erzeugungseinschränkung in einer Weise zu erhöhen, wie dies in keinem Jahre zuvor der Fall gewesen war. Auch in den Herbstmonaten trat keine durchgreifende Besserung mehr ein, obgleich die übliche Belebung des Kohlenabsatzes nicht ausblieb.

Noch ungünstiger gestaltete sich die Lage der Eisenindustrie. Der Absatz im Inlande befriedigte das ganze Jahr hindurch ebenso wenig wie das Exportgeschäft, und die Thatsache, daß die Rohleistung im Jahre 1904 gegenüber dem Vorjahre nicht gewachsen, sondern sogar noch etwas gesunken ist, beweist am deutlichsten, daß die weiterverarbeitenden Industriezweige in einem Zustande der Stagnation sich befanden. Verschärfte wurde der Ernst der Lage noch durch die Ursache, die die Umwälzung des Verbandswesens im Eisengewerbe mit sich brachte. Im Frühjahr trat der Stahlwerterverband in's Leben und mußte unter sehr schwierigen Verhältnissen seine Verkaufstätigkeit aufnehmen. Es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Preispolitik des Verbandes, die von den Halbzeugverbraufern ausgingen, und die weitere Verbandsbildung, nämlich die Syndizierung der Produkte B und hier wieder in erster Linie die Bildung eines Stabeisenverbandes, so erschwerten, daß bis zum Jahresluß Alles in der Schwebe blieb. Von den weiterverarbeitenden Industriezweigen waren es nur ganz wenige, die mit dem Geschäftsgang zufrieden sein konnten. Am günstigsten stellte sich der Beschäftigungsgrad in der Elektrizitätsindustrie, die sich gegenüber 1903 einer wesentlichen Besserung erfreute.

Der offensbaren Verschlechterung gegenüber, von der Kohlenbergbau und Eisengewerbe heimgesucht waren, mußten als Gegengewicht andere große Gewerbe eine wesentliche Zunahme des Beschäftigungsgrades gegen 1903 zeigen, sollte nicht das Gesamtgespräge des Jahres 1904 weniger freundliche Züge aufweisen als das Vorjahr. Und in der That bildete dieses Gegengewicht die lebhafte Bauhätigkeit und der befriedigende Geschäftsgang im Zertilgewerbe. Die Unternehmungslust im Baugewerbe setzte bei dem günstigen Stande des Geldmarktes frühzeitig und kräftig ein. Die Zahl der Beschäftigten nahm vor Allem in den Großstädten zu, aber auch in den kleineren Provinzorten wurde den ganzen Sommer hindurch viel gebaut. Soweit Süddeutschland eine gewisse Mattigkeit der Bauhätigkeit zeigte, wurde dies reichlich durch die größere Leb-

haftigkeit im oberhessischen und rheinisch-westfälischen Industriegebiet ausgeglichen. So lebhaft nun die eigentliche Frühjahr- und Sommeraison im Baugewerbe war, so machte doch die normale Abkantung der Bauhätigkeit von Oktober ab insofern einen unzulässigen Eindruck, als im Vorjahr in vielen Großstädten von einer lebhaften Herbstaktion geredet werden konnte.

Das Textilgewerbe war trotz mancher Schwierigkeiten im Rohstoffkauf, die sich in der Bewegung der Rohstoffversorgung deutlich ausdrückten, in den meisten Branchen das ganze Jahr hindurch befriedigend beschäftigt. Sehr viel trug dazu bei, daß ein Teil des Auslandes, vor allem England und die Vereinigten Staaten, wieder mehr Waare bezog als 1903. Eine sprunghafte Besserung trat aber ein, als im Herbst der Beschäftigungsgrad in der Seidenindustrie sich ganz wesentlich erhob. Der Aufschwung des Geschäftsgangs im Seidengewerbe war um so erfreulicher, als er ausschließlich von der stärkeren Aufnahmefähigkeit des heimischen Marktes herrührte.

Unter dieser Gestaltung des Beschäftigungsgrades zeigte auch der Arbeitsmarkt im Anfang des Jahres ein wesentlich freundlicheres Aussehen als 1903. Im ersten Halbjahr hatte es sogar den Anschein, als ob die Besserung, die seit Ende 1903 sich eingestellt hatte, weitere Fortschritte machen wollte. Da an den öffentlichen Arbeitsnachweisen die Lage des Arbeitsmarktes weder im Bergbau noch in der Eisenindustrie zum Ausdruck gelangte, so hielt sich hauptsächlich unter dem starken Arbeiterbegehrt der Landwirtschaft bis zum Juli der Grad der Besserung mit wenigen Schwankungen fast auf der Höhe des Januar. Von August trat indes eine rapide Abnahme der Besserung ein, so daß schon im November die Lage kaum noch günstiger war als im Parallelmonat des Vorjahres. Nach den vorläufigen Ziffern der an den Arbeitsmarkt*) berichtenden öffentlichen Arbeitsnachweise kamen auf 100 offene Stellen in den ersten elf Monaten des Jahres Arbeitsuchende:

Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
1903	190,5	156,8	121,1	135,2	146,3	147,4	151,0	131,7	117,7	131,8
1904	159,1	134,2	100,4	112,8	123,4	120,9	120,8	115,9	108,9	124,6

Die Abnahme der Besserung auf dem Arbeitsmarkt ergibt sich deutlich aus der Differenz des Andranges zwischen dem Jahre 1903 und 1904. Sie betrug noch im Juli 30,3 Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen, fiel aber schon im August beinahe auf die Hälfte, nämlich auf 15,8. Von Monat zu Monat ging sie dann ständig zurück und betrug im September 9,1, im Oktober 7,2 und im November nur noch 6,2. Freilich im Gegenjahr zum Auslande, vor allem zu England, ist trotz der Abnahme der Besserung in der zweiten Hälfte des Jahres die Lage noch immer erträglich. In England hat das Jahr 1904 eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage und damit eine wesentliche Steigerung der Arbeitslosigkeit gebracht.

Nicht so glatt vollzog sich der Verlauf des Kapitalverkehrs an der Börse. Unter großer Unruhe setzte das Jahr im Hinblick auf den drohenden Krieg zwischen Japan und Rußland ein. Da aber im Januar noch die Ansicht, es würde zu keinem Krieg kommen, überwiegt und auch offiziös geteilt wurde, so bewirkte der plötzliche Ausbruch der Feindseligkeiten zu Beginn des Februar eine um so größere Panik, die auf allen Gebieten des Börsenmarktes starke Wertverminderungen herbeiführte. Wenn bis zum Jahreschluss das gesunkene Kursniveau sich wieder bis auf den Stand des Januar, ja teilweise noch darüber hinaus erholen konnte, so ist dies auf eine zunehmende Besetzung des Börsenverkehrs im Laufe der letzten drei Quartale des Jahres zurückzuführen. Vor allem war es der Industriekapitalmarkt, den das Anlage suchende Publikum sich mit wachsender Vorliebe zuwandte. Ein kräftiger Antriebs zu Kurssteigerungen ging namentlich vom Montanaktienmarkt aus, als bekannt wurde, daß die preussische Regierung das Giberniaunternehmen aufkaufen wolle. Weder die ungünstigen Berichte über die Marktlage im Bergbau und Eisengewerbe, noch Verheuerung des Geldes, die durch die Diskonterhöhung der Reichsbank am 11. Oktober von 4 auf 5 pCt. eintrat, vermochten die steigende Kursbewegung auf dem Industriekapitalmarkt zu beeinträchtigen. Ungünstig gestaltete sich dagegen der Verkehr und die Kursbewegung bei den festverzinslichen Werten. Vor allem litt der Markt der deutschen Anleihen unter fortgesetzter Mattigkeit. Zur Unterstützung der Kursbewegung lassen wir nachstehend den Kursstand der hauptsächlichsten Gruppen der Dividendenwerte sowie den Durchschnittskurs der deutschen Anleihen für Ultimo Dezember 1903, März, Juni, September und November des laufenden Jahres folgen:

	1903		1904			
	Dez.	März	Juni	Sept.	Nov.	
Deutsche Staatsanleihen	99,14	98,45	98,39	98,00	97,98	
Deutsche Bankaktien	163,79	156,27	158,13	162,46	166,53	
Bergbau, Hütten und Salinen	188,62	201,60	191,83	202,14	210,73	
Steine und Erden	180,87	168,17	173,52	185,96	188,57	
Metalle und Maschinen	157,58	155,94	160,83	174,48	180,21	
Chemische Industrie	240,22	237,18	252,46	251,73	274,83	
Textilgewerbe	152,14	141,72	142,30	142,25	149,62	
Papier	107,00	109,68	111,18	127,40	127,47	
Leber	208,74	188,13	189,17	185,98	182,02	
Holz und Schnitstoffe	226,69	223,12	232,19	231,54	235,68	
Nahrungs- und Genussmittel	186,82	189,30	192,97	198,76	196,63	
Verkehrswesen	102,07	99,79	101,75	106,48	108,45	

*) Herausgeber Dr. Jostow, Verlag: Georg Reimer, Berlin W., Schöneberg 107.

Ueber den „ursächlichen Zusammenhang“ auf dem Gebiete der Unfallversicherung nach der Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts.

Von Hans Seelmann, stellv. Magistrats-Kommissar für die Unfallversicherung zu Königsberg i. Pr.
(Fortsetzung aus Nr. 38, 1904.)

Wohl zu unterscheiden von den zuletzt besprochenen Fällen sind andere, in denen die weitere Schädigung nicht durch das Heilverfahren selbst, sondern nur bei Gelegenheit desselben eingetreten ist. So wurde der ursächliche Zusammenhang in einem Falle verneint, in welchem ein wegen einer durch einen Betriebsunfall erlittenen äußeren Verletzung in einem Krankenhause untergebrachter Arbeiter kurz vor seiner Entlassung an Darmtyphus erkrankte — vermuthlich in Folge einer Ansteckung — und starb, denn wenn auch vielleicht der Aufenthalt des Verstorbenen als früherer Anlaß seiner Ansteckung gelten konnte, so mangelte es doch an einem inneren ursächlichen Zusammenhang der letzteren mit dem Betriebsunfall. (A. R. 1889, S. 154, Z. 663.) Nehulich lag die Sache in folgendem Falle. Ein Arbeiter hatte sich durch einen Betriebsunfall eine Fußwunde zugezogen und wurde in seiner Wohnung ärztlich behandelt. Während der Behandlung trat ein Magenkatarrh mit Fiebererscheinungen auf, gegen welchen der Arzt eine Arznei verordnete. Diese pflegte der Kranke vorschriftswidrig in der Weise zu nehmen, daß er unmittelbar aus der Arzneiflasche trank. Eines Tages wurde ihm von seinem achtjährigen Kinde aus Versehen an Stelle dieser Flasche ein Arzneiglas mit Karbolsäure, welche zum Reinigen und Verbinden der Fußwunde gebraucht wurde, gereicht und von ihm theilweise geleert. Die dadurch verursachten inneren Verletzungen hatten den Tod des Arbeiters zur Folge. Hier konnte ein ursächlicher Zusammenhang des Todes mit dem Unfall und der dadurch verursachten Fußwunde nicht angenommen werden. Denn auch wenn man annehmen wollte, daß der während der Wundbehandlung entstandene Magenkatarrh und die Fiebererscheinungen durch die Fußwunde und ihre Behandlung entstanden waren — eine Annahme, für die es an einem ausreichenden Beweise fehlte — so blies doch dahin, daß der Tod weder durch die Fußwunde, noch durch den Magenkatarrh und das Fieber, sondern allein und ausschließlich durch die Verbrennung in Folge des Karbolgenusses eingetreten war. Allerdings würde ohne die Nothwendigkeit der Wundbehandlung die Verabreichung des Karbols wahrscheinlich unterbleiben und die Verwechslung der beiden Heilmittel somit nicht leicht möglich gewesen sein. Mit dem Vorhandensein der beiden Heilmittel war in dessen nur eine äußere Bedingung für den weiteren Verlauf der Ereignisse gegeben. (A. R. 1892, S. 319, Z. 1160.)

Ebenso ist in zwei Fällen der ursächliche Zusammenhang verneint worden zwischen dem Unfall und dem Tode des Verletzten durch Influenza mit Lungentzündung und durch Diphtherie in einer Unfallstation, in die sie auf Anordnung der Berufsgenossenschaft zur Behandlung einbezogen waren. Denn es konnte weder nachgewiesen werden, daß die Ansteckungsgefahr auf der Unfallstation eine größere gewesen war als im gewöhnlichen Leben, noch daß die Verletzten in Folge ihrer von dem Unfälle herrührenden Verletzung leichter der Ansteckungsgefahr erliegen würden, als dies ohne die Verletzung der Fall gewesen sein würde, noch auch, daß der tödtliche Verlauf der Erkrankung durch eine in Folge des Unfalls eingetretene Schwächung der körperlichen Widerstandsfähigkeit wesentlich bedingt gewesen. (A. R. 1897, S. 303, Z. 1597, S. 305, Z. 1598.) Dagegen wurde der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Unfall und dem Tode durch Cholera aus besonderen Gründen anerkannt. Die von der Berufsgenossenschaft angeordnete Unterbringung des Verletzten in der medico-mechanischen Anstalt in Hamburg, welcher dieser sich ohne die Gefahr eines Rechtsnachtheils nach Lage der Sache nicht entziehen konnte, stellte sich als eine aus dem Betriebsunfall fließende Maßnahme, also als eine Folge des Unfalls dar, und diese Maßnahme war es, die unter den besonderen Verhältnissen des vorliegenden Falles nicht bloß den äußeren Anstoß für die Erkrankung an der Cholera, sondern die wesentlich hierzu mitwirkende Bedingung bildete. Denn der Verletzte wohnte fern von Hamburg in einem Orte, welcher regelmäßige geandertliche Verhältnisse aufwies, und lediglich jene Anordnung der Berufsgenossenschaft führte ihn im Jahre 1892 nach Hamburg, wo bekanntlich die Seuche damals eine solche Verbreitung erlangte, daß die Gefahr, von derselben angefaßt zu werden, für jeden daselbst sich Aufhaltenden eine über die Gefahr des gewöhnlichen Lebens weit hinausgehende war. (A. R. 1895, S. 147, Z. 1389.) Den gleichen Standpunkt nahm das Reichs-Versicherungsamt auch in einem Falle ein, in dem ein Arbeiter wegen eines Beinbruchs von der Berufsgenossenschaft in einem Krankenhause untergebracht wurde, dort an Kopftyphe erkrankte und in Folge dessen vollständig erblindete; auch hier wurde als erwiesen erachtet, daß die Gefahr, durch Cystipelas-Bacillen angefaßt zu werden, für den Verletzten während seines Aufenthalts im Krankenhause eine über die Gefahr des gewöhnlichen Lebens weit hinausgehende war. (A. R. 1896, S. 468, Z. 1561 d.)

(Fortsetzung folgt.)

nicht berechtigt gewesen, seinen Sohn zu züchtigen, eine solche Machtbefugnis sei nach dem oben erwähnten Gesetzesparagrafen nur dem Lehrherrn selbst eingeräumt, denn ausdrücklich besage doch der Wortlaut dieser Bestimmung, der Lehrling sei nur der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen, während er demjenigen, der an Stelle des Lehrherrn die Ausbildung zu leiten hat, nur zur Folgsamkeit und Treue, zu Fleiß und anständigem Betragen verpflichtet ist. — Trotzdem gelangte das Oberlandesgericht Braunschweig, welches über diesen Fall in letzter Instanz zu entscheiden hatte, zur Freisprechung des Angeklagten. — Bei einem gewerblichen Betriebe von der Größe und der Gliederung, wie er hier in Frage kommt, muß eine Ausbildung des Züchtigungsrechts durch den obersten Leiter praktisch als ausgeschlossen erscheinen. Der Prokurist, der den Betrieb des Eisenwerks leitet, hat mit der Ueberwachung der Arbeiten der fraglichen Abteilung und mit der Anleitung der dort beschäftigten Lehrlinge den Angeklagten beauftragt. Der Vorstand der Aktiengesellschaft oder der erwähnte Prokurist waren gar nicht in der Lage, sich um die einzelnen Lehrlinge erfolgreich zu kümmern. An eine erzieherische Wirkung konnte nur gedacht werden, wenn die Verrichtung des Erziehungsrechtes demjenigen anvertraut wurde, der in der Organisation des Betriebes den Vorrang am nächsten stand. Dem Privatflüger waren diese Verhältnisse beim Abschluß des Lehrvertrages bekannt, und es ist also anzunehmen, daß er mit der Ausübung des Züchtigungsrechtes durch den Angeklagten als unmittelbaren Vorgesetzten seines Sohnes einverstanden war. — Es sei fernerhin noch zu erwähnen, daß der Angeklagte das Züchtigungsrecht nach seiner Richtung hin überschritten habe, und aus allen diesen Gründen rechtfertige sich das freisprechende Erkenntnis.

Der Neukädler Konsumverein hat seine Mitglieder nicht wieder recht beruhigen können nach der Generalversammlung, in welcher über die „Eauwirtschaft“ lebhaft Klage geführt wurde. Das Mißtrauen zahlreicher Mitglieder ist noch verstärkt worden durch den Aufruf des Vorstandes um Werbung neuer Mitglieder, worin gesagt wird, daß die Vergrößerung des Vereines notwendig sei, um nicht „zu dem Spott auch noch den Schaden an Ansehen und Vermögen hinzuzufügen“. In dem „Magdeburger Centralanzeiger“ wirft ein Mitglied des Konsumvereines die Frage auf, ob dieser Hinweis auf den eventuell zu erwartenden Schaden an Vermögen zu bedeuten habe, daß der Neukädler Konsumverein zusammenbrechen werde? Der Fragesteller ist als Mitglied des Konsumvereines gerade durch den Aufruf des Vorstandes beunruhigt worden und befruchtet, daß das „Vertrauen zum Verein“ noch mehr sinken werde. Dann heißt es weiter:

Es giebt auch Mitglieder, die flüchtig geworden sind, als bekannt wurde, daß der Verein 1904 im ersten Vierteljahr 250 000 Mark eingebracht hat. Sie haben sich gefragt: wie kam es denn, daß der Vorstand so viel Geld nötig hatte, obgleich doch 1100 Mitglieder ausgeschrieben waren, somit der Umsatz und der Baarenvorrath und folglich auch der Geldbedarf geringer sein mußte? Wird es denn dem Vorstande so leicht, sich eine so hohe Summe zu beschaffen?

Anderer Mitglieder denken, wenn eingeweihte Genossen, wie Garban und Brandes, auf die Einnahme eines Aufsichtsrathes verzichteten, so mögen sie wohl von der Verantwortung freigesetzt werden wollen.

Man sieht: die Mitglieder können reichlich Gründe zum Austritt und zum Mißtrauen aus den Vorgängen im Verein schöpfen. Ein Zutritt von außen ist nicht möglich. Nicht, daß die Vorgänge sich rumsprechen, nicht, daß in der Generalversammlung darüber verhandelt wird, nicht, daß sie in der Presse veröffentlicht und erörtert werden, schädigt den Verein, sondern einzig und allein, daß sie geschehen.

Den Mitgliedern wird immer vorgerebet, der Rückgang des Vereines sei lediglich oder doch hauptsächlich durch die Behörden verursacht. Schon in der Generalversammlung wurde dieser Behauptung wiederholt lebhaft widersprochen, und eine Reihe von anderen Gründen wurde vorgebracht. Der Vorstand selbst sagt aber auch jetzt in seinem Aufruf, daß nur 2000 Beamte und Arbeiter „von den Behörden herausgewungen“ seien. Angenommen, diese Zahl sei richtig: so haben doch in den letzten zwei Jahren bis Oktober fast 5000 Mitglieder ihren Austritt angemeldet, bis jetzt wahrscheinlich noch mehr. Davon sind, nach Abrechnung der 2000 Beamten, 3000 ungewungen gegangen, nicht, weil sie Behörden gehorchen, sondern weil sie in dem Konsumverein nicht ihre Rechnung finden, oder weil sie der Sache nicht mehr vertrauen, oder weil ihnen die Verhältnisse, die Mißwirtschaft und der Terrorismus der Parteioorganisationen, dem die Verwaltung nachsieht, nicht mehr passen.

Ah ja, wo „selbewußte“ Genossen die alleinige Herrschaft haben, da geht es himmlisch schön zu.

Ein interessantes Artikel über Karl Marx, dem Begründer der sozialdemokratischen Partei, hat der „Typograph“ ausgegraben. In dem 1860 erschienenen Buche: „Mein Prozeß gegen die Allgemeine Zeitung“, schildert der Zeitgenosse von Karl Marx, Kammergerichtspräsident Tschow, eine Unterhaltung mit dem Begründer der Sozialdemokratie in folgender Weise:

„Es ist mir unendlich, Euch den lebhaften Beschrei des Stoffes, die seltsame Wärme der Unterhaltung, die Art zu schildern, wie Marx dieselbe beherrschte. Wir tranken zuerst Portier, dann Claret, d. h. solchen Vorbezug, dann Champagner. Auch dem Rothwein war er vollständig besessen. Das war mir sehr erwünscht, denn er wurde offenerziger, als er sonst vielleicht gewesen wäre. Ich erhielt Gewißheit über manches, was mir sonst nur

Bermuthung geblieben wäre. Trotz diesem Zustande beherrschte er bis ans Ende die Unterhaltung. Er hat mir den Eindruck nicht nur einer seltenen geistigen Ueberlegenheit, sondern auch einer bedeutenden Persönlichkeit gemacht. Hätte er ebenso viel Herz als Verstand, ebenso viel Liebe als Haß, dann würde ich für ihn durchs Feuer gehen, trotzdem daß er mir seine vollständigste Geringschätzung nicht nur verschiedentlich angedeutet, sondern zuletzt ganz unumwunden ausgesprochen. Er ist der Erste und Einzige unter uns Allen, dem ich das Zeug zutraue zu herrschen, das Zeug, auch unter großen Verhältnissen sich nicht ins Kleine zu verlieren. — Ich bedaure es um unsern Zweck willen, daß dieser Mensch nicht neben seinem eminenten Geist ein edles Herz zur Verfügung zu stellen hat. Aber ich habe die Ueberzeugung, daß der gefährlichste persönliche Ehrgeiz in ihm alles Gute zerfressen hat. Er lacht über die Karren, welche ihm seinen Proletariatskatechismus nachbeten, so gut wie über die Kommunisten à la Billik, so gut wie über die Bourgeois. Die einzigen, die er achtet, sind ihm die Aristokraten (!), die reinen und die es mit Bewußtsein sind. Um sie von der Herrschaft zu verdrängen, braucht er eine Kraft, die er allein in den Proletariern findet, deshalb hat er sein System auf sie zugeschnitten. Trotz all seinen Versicherungen vom Gegenheil, vielleicht gerade durch sie, habe ich den Eindruck mitgenommen, daß seine persönliche Herrschaft der Zweck all seines Treibens ist.“

Der charaktervolle Tschow, der auch ein feiner Menschenkenner war, dürfte hier das innere Wesen von Karl Marx richtig beurtheilt haben. Wie Karl Marx, so war auch Ferdinand Lassalle ein Aristokrat und daher ebenso wenig wahrer Demokrat, wie Karl Marx. In Nummer 24 des Jahrgangs 1903 vom „Gewerbetreibenden“ befindet sich eine Charakteristik Lassalle's und seines ersten Auftretens. Daraus geht hervor, daß Lassalle die Massen haben wollte, um sie gegen das ihm verhasste Bürgerthum ins Feld zu führen.

Es wird immer noch viel darüber gesagt, daß die Ausbildung der Lehrlinge in gar manchem Handwerkerbetriebe viel zu wünschen übrig läßt. Angesichts dieser Thatsache ist hervorzuheben, daß die Organe der Meister selbst gegen die eingerissenen Unsitten entsetzten Front machen. Im neuesten Jahresbericht der Handwerkskammer zu Straßburg wird in dieser Beziehung mit erfreulicher Deutlichkeit gewünscht, daß „in immer weitere Kreise der Gewerbetreibenden die Erkenntnis dringe, daß die gewerbliche Lehre wie jedes andere Lehrverhältniß in erster Linie dazu bestimmt ist, der bestmöglichen technischen, wissenschaftlichen und sittlichen Ausbildung des Lernenden zu dienen und erst an zweiter Stelle die Verwerthung seiner Arbeitskraft im Interesse des Lehrherrn zum Ziele haben kann.“ Die Zukunft des Handwerks wird nur eine glückliche sein, wenn man die Ausbildung des Nachwuchses in bestmöglicher Weise fördert. Die Erfüllung der Wünsche der Straßburger Handwerkskammer liegt deshalb nur im eigenen Interesse der Gewerbetreibenden. Kein Kenner der Verhältnisse glaubt an den Untergang unseres Handwerkerstandes. Wer die Zustände und Personen, welche in Frage kommen, genau prüft, weiß vielmehr, daß unser Kleinergewerbe sich eine zufriedenstellende Zukunft erringen kann. Freilich muß dieselbe in ehrlicher Arbeit für das gemeine Wohl erworben werden, und solche Mühe muß zunächst in uneigennütziger Weise denen gewidmet sein, die in späteren Tagen auf den Stühlen der Männer von heute sitzen sollen.

Die Hauswäsche der ansteckenden Kranken. Es ist bekannt, wie leicht ansteckende Krankheiten durch die von Kranken benutzten Wäschestücke übertragen werden. Angesichts dessen ist es zu verwundern, daß bisher verhältnismäßig wenig gesehen ist, um nicht nur eine Weiterverbreitung von Krankheiten durch die Hauswäsche zu verhindern, sondern insbesondere auch die einer Ansteckung am meisten ausgelegten Wäschebesorger zu schützen. Es ist sehr zu begrüßen, daß die deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege in Berlin in ihrer Oktoberitzung diese Frage zum Gegenstand der Besprechung gemacht hat. In dem einleitenden Referat führte Prof. George Meyer nach der „Med. Reform“ aus, daß in Krankenhäusern und Kasernen für die sachgemäße Behandlung der Wäsche ausreichend gesorgt ist, schlechter schon in Gasthäusern. Das größte Interesse hat aber die Behandlung der Krankenwäsche im Privathause. Hier lagert diese Wäsche oft lange Zeit in Winkeln oder Behältern, zu verlangen ist aber, daß sie ohne Verzug in desinfizierende Lösungen gethan und möglichst schnell gewaschen wird. Das Bestreben macht mancherlei Schwierigkeiten. Schon für Mietber von größeren Wohnungen ist nicht zu jeder Zeit die Wäscheküche frei. Noch schlechter steht es um das Waschen in ärmeren Familien. Trotz des geläufigen Verbotes wird von den Arbeiterfrauen die Wäsche in der Küche gewaschen, was in mehrfacher Hinsicht bedenklich ist. Diesem Uebelstande hat man in England durch die Errichtung von kommunalen Wäschhäusern abgeholfen. Wegen eine mäßige Gebühr haben dort die Frauen Gelegenheit, je in einer Kasse, ihre Wäsche zu reinigen. Bei uns haben sich solche öffentlichen Wäschsalzen nicht bewährt. Zwei, die in der Auguststraße und in der Schillingstraße, in Verbindung mit Badeanstalten, sind eingezogen. Bei den Verfassern zur Abhilfe kommt in Betracht, daß wohl die Küchen so gebaut werden können, daß es kein Bedenken hätte, daß dort auch die Wäsche gereinigt wird. Sodann wäre darauf hinzuwirken, daß besondere Wäschsalzen zur Reinigung der Wäsche von ansteckenden Kranken eingerichtet werden

Wochenblatt.

Berlin, 10. Januar 1905.

Die Unternehmer sind einig! Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände theilt der Tagespresse Folgendes mit:

Wie erinnerlich, war neben der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände für diejenigen Verbände, die sich dieser vom Centralverband deutscher Industrieller ins Leben gerufenen Hauptstelle nicht anschließen zu können, eine freie Vereinigung von Arbeitgebern und wirtschaftlichen Verbänden unter Führung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller gegründet worden. Sie nahm später den Namen Verein deutscher Arbeitgeberverbände an und verfolgt im Uebrigen dieselben Ziele wie die Hauptstelle, wenn auch theilweise auf anderen Wegen. Von Anfang an war hiernach diese Trennung nur eine formelle, in den Zielen herrschte jederzeit Uebereinstimmung, ebenso darüber, daß erforderlichen Falls beide Verbände gemeinsam zu handeln bereit sein würden. Deshalb war bereits in den Satzungen der Hauptstelle die Möglichkeit des Abschlusses von Kartellverträgen vorgesehen worden und von dem Verein von Anfang an ein solcher Kartellvertrag mit der Hauptstelle in Aussicht genommen. Erstens dieser Weise ist dieser Kartellvertrag nunmehr zu Stande gekommen und noch vor Schluss des vergangenen Jahres von den beiderseitigen Vertretern vollzogen worden. In dem Vertrage wird die gemeinsame Förderung der in den beiderseitigen Satzungen bereits festgelegten Ziele ausgesprochen und zur Durchführung dieser Zwecke der Austausch der gesammelten Materialien und Nachrichten sowie gemeinsame Hilfe für die von unberechtigten Streiks oder Boykotts betroffenen Arbeitgeber beschlossen. Es war vorauszu sehen, daß die Unternehmerverbände schließlich zusammengehen würden, wenn sie auch ihre Organisationen selbstständig aufrecht erhielten. Ein solcher Kartellvertrag wäre auch für die sämtlichen deutschen Arbeiterorganisationen möglich, wenn nicht der sozialdemokratische Fanatismus auf der einen und kirchlich-politische Bestrebungen auf der anderen Seite die Uneinigkeit der Arbeiter erzwingen. Wenn jene Verbände die praktischen Arbeiterinteressen ins Auge fassen wollten, so könnten sie, wie die Deutschen Gewerksvereine, in Partei- und Kirchenfragen neutral sein und dann wie die Unternehmer, durch Kartellverträge ein Bündniß eingehen, welches die Wirksamkeit der gesamten Bewegung in großem Maße verstärken müßte.

Wie die Dinge leider heute liegen, wo noch den verschiedenen Verbänden die Nebenzwecke Hauptsache geblieben sind, worauf auch die häßliche Kampfesart gegen die wirklich neutralen Gewerksvereine beruht, steht der allgemeine Bruderbund der deutschen Arbeiter noch in weitem Felde. Um so rascher müssen unsere Verbände geschlossen im ganzen Reich die Agitation für die Verbesserung unserer Deutschen Gewerksvereine betreiben, damit unser selbstständiges Auftreten in der Arbeiterbewegung immer erfolgreicher sich gestaltet. Die Wacht der Thatlagen wird schließlich stark genug sein, die deutschen Arbeiter dahin zu bringen, daß der gerade freie und unabhängige Weg der Deutschen Gewerksvereine begangen werden muß, wenn die Sache der deutschen Arbeiter zu immer größerem Erfolg und Ansehen kommen will.

Vorwärts auf der ganzen Linie, muß die Parole sein in der Agitation. Im Jahrhundert der sozialen Gesetzgebung gehört den Gewerksvereinen der Sieg!

Die Hamburger Bürgerschaft lehnte einen sozialdemokratischen Antrag auf Errichtung einer Arbeiterkammer mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen ab. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß das Reich die Errichtung von Arbeitskammern betreiben werde, wie dies durch den Herrn Grafen Pofadowsky mit aller Bestimmtheit in Aussicht gestellt sei. Auch müsse der sozialdemokratische Antrag abgelehnt werden, weil er das allgemeine, geheime direkte Wahlrecht fordere, womit dann die nichtsozialdemokratischen Organisationen von vornherein von der Mitwirkung ausgeschlossen wären.

Zu den Arbeiterkammern dieser Art muß natürlich das Verhältniswahlrecht eingeführt werden, damit alle bestehenden Organisationen darin vertreten sein können. Eine ausnahmslos aus Sozialdemokraten zusammengesetzte Arbeiterkammer würde den wirklichen Wünschen der Arbeiterchaft keinen Ausdruck geben können. Dieselben Antragsteller, die jetzt den Antrag auf Arbeiterkammern einbrachten, hatten übrigens noch vor drei Jahren Arbeitskammern beantragt.

In Bremen hat die Bürgerschaft bei allerdings schwacher Besetzung einen Antrag auf Errichtung von Arbeiterkammern gut geheßen.

Der **Pressegraf Füller** hat einen Konkurrenten in der Bildersprache gefunden in dem Beamten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes Wilhelm Rüssel, welcher vor Kurzem in Gera in einer Rede u. A. auch das Folgende ausführte:

„Die Tätigkeit der Gegner ist nicht aus den Augen zu verlieren. Gegner hat der deutsche Arbeiter wie keiner auf der Welt. Und sie finden nicht nur in der Arbeitgeberorganisation, sondern auch in Lalar, Kute und Uniform, nicht zu vergessen die Hirsch-Dunder'schen und Hirsch'schen Verbände. Die letzteren tanzen jedesmal als schwarzes Gespenst auf, wenn es sich um Lohnforderungen der Arbeiter dreht. Die Arbeiter sollten dieses Gespenst beim Kragen nehmen und ihm den Hals umbrehen.“

Natürlich wird auch Herr Rüssel — ein „weißes Rüssel“ ist er wohl nicht — das „Halsumbrehen“ nur bildlich gemeint haben. Graf Füller suchte sich damit wenigstens vor Gericht heraus zu reden. Feinde der Arbeiter sind nicht die Hirsch-Dunder'schen oder andere Verbände, wohl aber die „zielbewußten“ Führer, die aus im rothen Gewande einhererschreiten.

Unser Bruderorgan, die **Augsburger Wacht**, erinnert übrigens daran, woher der Textilarbeiterverband die Mittel zu solchen Agitationsreisen nimmt. Bekanntlich blieb von den Selbstaussparungen für die Grimmitschauer Weber die Summe von 300 000 Mk. über, die der Textilarbeiterverband kurzer Hand seiner Agitationskasse einberleihte.

Seitdem man den Grimmitschauern Webern 300 000 Mk., welche nur für diese gesammelt wurden, als Unterstützung unter schlagen hat, ist Agitationsbeamte in allen Gauen Deutschlands anzustellen, die bei jeder passenden Gelegenheit einen „Hirschen“ fressen, welche doch auch aus Rücksichtgefühl, eine nicht unerhebliche Summe für die bedürftigen Grimmitschauer leisteten. Aus lauter Selbstherrlichkeit für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kämpfende Arbeitergenossen vergessen sich und treten die Solidarität mit Füßen. Was würde für ein Geschrei durch die ganze sozialdemokratische Presse gegangen sein, wenn die verhassten „Hirschen“ sich so etwas erlauben hätten. Gewerksvereine, Arbeiter, merkt's Euch, wie man von jener Seite mit Euch umgeht!“

Der Textilarbeiterverband läßt sich obendrein verklagen von einigen Mitgliedern, die bei der Weihnachtsfeier für die ausgeperrten Weber durch einen schweren Unfall zu Krüppeln geworden sind. Wenigstens hätte er doch von dem Unrecht an sich genommenen 300 000 Mk. die armen Krüppel angemessen entschädigen sollen.

Arbeiterbewegung. Auf den Aufruf der Bergarbeiterorganisationen an der Spitze unseres Blattes machen wir noch besonders aufmerksam. Wie die heute hier eingegangenen Drahtnachrichten melden, erfolgten inzwischen weitere Arbeitsniederlegungen auf den Höfen Kaiserstuhl II, Scharnhorst, Gneisenau und Preußen. Die Vorstände der Organisationen werden von Neuem zusammentreten, hoffentlich gelingt es ihnen auch jetzt noch, die allgemeine Arbeitsniederlegung trotz aller Provokationen zu verhindern, da die Zeitverhältnisse einen Erfolg des Streiks sehr unwahrscheinlich machen. Die in solider Mäßigkeit von den Organisationen aufgestellten Forderungen sind sowohl von unserem Verbandsanwalt Abg. Dr. Max Hirsch wie auch von unserem Redakteur Abg. Goldschmidt wiederholt im Abgeordnetenhause geltend gemacht worden.

Subventionierung der gemeinnützigen Bauftätigkeit. Die Landesversicherungsanstalt Rheinproving hat einen Beschluß gefaßt, der für die Entwicklung des Arbeiterwohnungswezens in der Rheinproving von großer Bedeutung ist. Die bisherigen Belegungsgrundlagen wurden neu gefaßt und den veränderten Verhältnissen entsprechend sachgemäß fortentwickelt. Danach sollen, wie bisher, Darlehen zu Arbeiterwohnungswezen bewilligt werden an Gemeinden, öffentliche Sparkassen und Bauvereine und unter Garantie dieser Korporationen auch an einzelne Versicherte. Dabei soll, soweit nicht die Gemeinde Selbstschuldner wird, dieselbe thunlich als Solidarbürge mitwirken. Weiter wurde auf Antrag des Rheinischen Vereins zur Förderung des Arbeiterwohnungswezens, und dem Beispiele des Reiches, Preußens und der Landesversicherungsanstalt Hannover folgend, beschlossen, auch dann, wenn ausnahmsweise die Gemeindegarantie nicht zu erlangen ist, Darlehen an Bauvereine bis zu 85 pCt. der nachgewiesenen Selbstkosten, bezw. 75 pCt. des amtlich festgestellten Wertes zu gewähren. Auch einzelne Versicherte können bis zu dieser Höhe unter Garantie einer der vorstehend benannten Korporationen beliehen werden. Der Zinsfuß wurde auf 3 pCt., die Tilgung auf 1 1/2 pCt. festgesetzt; von dem die Mündelsicherheit übersteigenden Betrage soll, bis die mündelsichere Grenze durch Tilgung erreicht ist, außerdem 1/2 pCt. zur Dotierung eines besonderen Garantiefonds entrichtet werden. Es blieb noch besonderer Beschlußfassung vorbehalten, ob bei Tilgung des Darlehens bis auf 80 pCt. des Wertes die Tilgung fortgesetzt, eingestellt oder das Darlehen gekündigt werden soll. Voraussetzung für diese weitgehende Kreditgewährung ist, daß die schuldnerischen Bauvereine sich der Prüfung durch den Revisionsverband der Rheinischen Baugenossenschaften unterziehen.

rd. Zuchtigungsrecht der Vorarbeiter in industriellen Betrieben. (Nachdruck verboten.) Nach § 127a der Gewerbeordnung ist der Lehrling der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen und diesem sowie Demjenigen, welcher an Stelle des Lehrherrn die Ausbildung zu leiten hat, zu Folgeamtlichkeit und Treue, zu Fleiß und anständigen Betragen verpflichtet. Natürlich ist es in Großbetrieben nicht möglich, daß der Lehrherr in eigener Person die Beaufsichtigung und Unterweisung des Lehrlings übernimmt, der Lehrling wird dort einem Vorarbeiter oder Werkmeister unterstellt, welcher seine Ausbildung vorzunehmen hat. — In einem großen Eisenwerk, das einer Aktiengesellschaft gehört, war nun ein 16-jähriger Lehrling von einem Meister, der den Betrieb der betreffenden Abteilung leitete, durch mehrere Ohrfeigen dafür bestraft worden, daß er sich ungehorsam gezeigt hatte. Der Vater des Lehrlings strengte gegen den Vorarbeiter die Privatklage an, indem er behauptete, der Angeeschuldigte wäre

Diese Waschanstalten müßten die Wäsche, nachdem sie in Bottiche mit desinfizierender Flüssigkeit eingebracht wäre, aus den Häusern abholen, möglichst schnell waschen und wieder abliefern.

In der Erörterung berichtete der Köpenicker Arzt Dr. Friedemann, daß in seiner Praxis wiederholt Gruppenerkrankungen von Typhus aufgetreten sind, die ihren Ausgang von Erkrankungen bei Wäschern und Wäscherinnen nahmen. Es handelte sich hier sicher um Verschleppung von Typhus durch Wäsche, die in großen Mengen aus Berlin nach Köpenick zur Reinigung geschafft wird. In dem Spindlerschen Betriebe besteht eine besondere Abtheilung für die Säuberung von Gegenständen, die von Kranken mit ansteckenden Krankheiten herühren. Dr. Wolf Becker berichtete von seinem Besuch in der Fürstorgestelle für Lungenkranke in Ulls. Bei dieser besteht eine Waschanstalt, in der die Wäsche Lungenkranker und ihrer Familien gereinigt wird. Es wird aber dort den unbemittelten Kranken so viel Wäsche geschenkt, wie sie nöthig haben. Allen Verbesserungsbestrebungen steht nämlich der Umstand im Wege, daß der Wäschebestand der ärmeren Familien allzu gering ist. Stadtrath Dr. Waldschmidt-Charlottenburg und Prof. Baginsky erklärten sich gegen kommunale Waschanstalten. Letzterer kommt es darauf an, daß die kleinen Leute die Hauswäsche möglichst schnell in der eigenen Wohnung waschen. Nur dadurch kann eine Verschleppung verhindert werden. Bezüglich der Desinfektion von Wäsche waren Professor Baginsky, Dr. Sommerfeld, Dr. Karawski, Geheimer Rath Behmer, Prof. Pfuhl, Prof. Proskauer beinahe einmüthig der Ansicht, daß weder die Wasserdampf- noch die Formaldehyd-Desinfektion für die Wäschedesinfektion brauchbar ist, vielmehr das alt-hergebrachte Einlegen der Wäsche in Soda- und Seifenlösungen zu empfehlen sei.

Gewerksvereins-Zeitung.

Aue. In der Kinderwagenfabrik von Gebrüder Pfeifer in Zeitz hatten die Arbeiter im Herbst ein Circular angefertigt, in welchem die Firma ersucht wurde, die Arbeitszeit zu kürzen; alle Arbeiter hatten unterschrieben und wurde dann eine Kommission gewählt, um den Herren Fabrikanten den Antrag der Arbeiter zu unterbreiten. Der Kommission wurde zugesagt, wenn die dringendste Zeit vorüber sei, könne die kürzere Arbeitszeit eingeführt werden. Als diese Zeit vorüber war, wurde einem Mitgliede der Kommission gefündigt, aber mit dem Bemerkung „wegen Arbeitsmangel“. Betreffender gehörte dem Metallarbeiter-Verbande an, es war ein Schmied. Nun beschloßen die Schmiede, eine Werkstattversammlung einzuberufen, auch unser Vorstand war eingeladen und erschienen. Es handelte sich darum, ob eine Maßregelung vorlag oder nicht. Genosse Hilpert-Aue führte an, daß nach den Aussagen der Arbeiter keine Maßregelung angenommen werden könne, da die Arbeit, die der Betreffende gemacht habe, welche mit der Hand nicht gemacht werden kann, Maschinen aber nicht da sind, in ganz anderer Form fertig bezogen wird. Der Beweis einer Maßregelung fehlt, zumal der Fabrikant erklärte, den Entlassenen wieder einstellen zu wollen, wenn wieder Arbeit vorhanden ist. Genosse Odenauf-Aue stellte den Antrag, zu veranlassen, daß der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes und der Vorsitzende Hilpert-Aue den Fabrikanten persönlich fragen solle, ob Maßregelung oder Arbeitsmangel vorliegt, wobei daran festzuhalten sei, daß der Entlassene bei stottem Gesichtsange wieder eingestellt werde; falls diese Auskunft unbefriedigend aus, dann erst kann Maßregelung angenommen werden. Die weiteren Schritte sind vorzubehalten. In solchen Fragen sind wir einig, wenn wir auch in Parteifragen auseinandergehen. Den Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes möchte ich noch erfragen, in Zukunft, wenn in einer Fabrik etwas geschehen muß und Gewerksreiner dabei sind, sofort den betreffenden Vorstand zu benachrichtigen, damit wir gleich bei der Berathung mit dabei sind. Wir können nicht dulden, daß die Verbändler beraten und wir einfach mitmachen sollen; wir stehen fest auf dem Standpunkt, daß, wo wir nicht mit zu raten haben, wir auch nicht mit zu thaten haben. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und alle Anwesenden erklärten sich damit einverstanden. Auch versprach der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, daß er das Gewünschte thun wolle und erklärte, daß er dies für gut halte, zumal er in seiner Fabrik mit den Gewerksreiner sehr gut verkehre. Da der Vorsitzende Genosse Hilpert erkrankte, wurde der Schriftführer Schmidt beauftragt, mit zum Arbeitgeber zu gehen. Schmidt und der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes wurden vorkelend. Herr Pfeifer erklärte, daß die Entlassung nur aus Arbeitsmangel erfolgt sei und es möglich wäre, daß in der Schmiede noch ein Mann übrig werde. Sollte ein Mann in der Schmiede zu der Arbeit, welche der Entlassene gemacht habe, gebraucht werden, so werde derselbe, wenn er noch außer Arbeit sei, sofort wieder eingestellt werden. Nach Lage der Sache konnte Maßregelung nicht anerkannt werden und übernahm es Herr Köhler vom Metallarbeiterverband, der Kommission der Pfeiferschen Arbeiter Bericht zu geben.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1904.

Ortsverband Liegnitz.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 5 Sitzungen, 5 Versammlungen und 1 kombinierten Ausschusssitzung. Die reichhaltige und interessante Tagesordnung des hannoverschen Verbandstages mit ihren wichtigen Anträgen bot reichlich Stoff zu angeregter Debatte. Am 14. März fand in Gottesberg der Bezirkstag Mittelschlesischer Ortsverbände statt, wo unser Ortsverband durch Kollegen Seibt vertreten war. Am 4. April nahmen wir regen Antheil an den Verhandlungen des Delegirtentages der Bauhandwerker. Am dem Pfingsten stattgefundenen Verbandstage zu Hannover nahmen unsere Verbandssollegen Seibt und Bergt als Abgeordnete ihres Gewerksvereins theil. Auch waren dieselben bei der Einweihung des Verbandshauses am 22. Oktober zugegen.

Vorträge fanden statt: Den 14. April, Berichterstattung des Kollegen Seibt über die Verhandlungen des Gottesberger Bezirkstages. Den 19. Juli bezuglich über den Verbandstag zu Hannover. Den 25. September von Kollegen Grauer über die Breslauer Ausstellung und von Kollegen Hergt über die Sehenwürdigkeiten der Stadt Hannover. Den 20. November von Kollegen Müßig über Konsum- oder Rabatvereine und Berichterstattung des Kollegen Seibt über die Verbandshaus einweihung. Die Vorträge fanden meist in gutbesuchten Mitglieder-versammlungen statt und fanden beifällige Aufnahme. Allen Kollegen für die Uebernahme der Vorträge besten Dank!

Agitation: Dieselbe beschränkte sich, wie im Vorjahre, mehr auf den inneren Ausbau der bestehenden Ortsvereine. Auch sind ebenfalls dieses Jahr unsere beiden Kollegen Seibt und Hergt wiederum nach außen agitatorisch erfolgreich thätig gewesen. Auf Anregung des Ortsverbandes sind von unseren südlichen Behörden Schritte in die Wege geleitet worden, daß in kurzer Zeit ein Arbeitersekretariat errichtet werden wird. Im November fanden die Stadtverordnetenwahlen statt, an welchen sich unsere Verbandsgenossen zahlreich beteiligten. Leider sind auch im Arbeitsverhältniß zahlreiche Fälle unliebsamer Vorkommnisse zu verzeichnen. So erinnere ich zunächst an die wochenlange Aussperrung sammtlicher organisirter Bauhandwerker, wo alle gütlichen Verhandlungen gescheitert sind. Auch unser D. B. der Maschinenbauer fand mehrmals Gelegenheit, in einzelnen Betrieben betreffs Behandlung der Lohnstreiktheilten energisch einzutreffen.

Vergütungen: Den 14. August fand in Striegau ein allgemeines Verbandsfest unter großer Theilnahme auch von unsern Ortsvereinen statt, wo Verbandskassirer Kollege Klein-Berlin eine wirkungsvolle Festsprache hielt. Den 20. August fand die Feier unseres Stiftungsfestes statt (im Centraltheater), welches von Mitgliedern und Gästen gut besucht war. Eine Festsprache hatte Kollege Hergt freudlichst übernommen. Den 26. Juli fand ein Ausflug nach Hainau, unserm nächstgelegenen Ortsverband, statt, und sei an dieser Stelle den Hainauer Verbandsgenossen für die freundliche Aufnahme nochmals bestens gedankt. Außerdem fanden auch in diesem Jahre 3 Unterhaltungsabende, ebenfalls im Centraltheater, statt welche durchweg gut besucht waren und den Mitgliedern für einen billigen Eintrittspreis einen wahren Kunstgenuss geboten haben. Einer von diesen Abenden (3. Oktoberabend) fand zu Ehren der Delegirten der Bauhandwerker statt und nahm einen würdigen Verlauf. Am Schlusse meines Berichtes will ich nicht unterlassen, allen Verbandsgenossen, besonders unsern Kollegen Seibt, für ihre rastlose Thätigkeit im Dienste unserer Organisation den besten Dank auszusprechen. Möge auch im neuen Jahre ein Jeder seine Schuldigkeit als einziger Gewerksreiner nicht vergessen: zu gemeinsamer Mitarbeit im Ortsverbande, denn nur dadurch können wirklich wahre Fortschritte erzielt werden. Der Ortsverband besteht aus 12 Ortsvereinen männlicher Mitglieder und 1 Frauenverein. D. Hergt, Schriftführer.

Berlin. Am Sonntag, 11. Dezember, Vormittags 10 Uhr, fand im Verbands Hause die Generalversammlung des Central-Arbeitsnachweises der Berliner Ortsvereine (C. A. N.) statt. Dieselbe hatte sich eines sehr zahlreichen Besuches zu erfreuen und auch die Verhandlungen zeugten von lebhaftem Interesse für diese Institution. Außer den Vertretern der dem Arbeitsnachweis angeschlossenen Vereine waren viele Genossen auch von solchen Vereinen anwesend, die ihm nicht angehören, unter Anderem auch die Herren Kaping und Scheitler vom Generalrath der Konbitoren. Auf Einladung waren ferner erschienen Herr Köhler vom Generalrath der Klempner und Metallarbeiter, in Vertretung des Centralraths der Verbandssekretär Herr Klawon. Der Generalrath der Maschinenbauer hatte seinen Vertreter geschickt, auch der Generalrath der Tischler war nicht vertreten. Der Vorsitzende Herr Jordan gedachte anlässlich der Begrüßung der Anwesenden auch mit Genugthuung der Thatsache, daß seit der Uebernahme des Arbeitsnachweises in das Verbandshaus derselbe wesentlich nach außen hin an Ansehen gewonnen habe, was besonders auch aus der stärkeren Inanspruchnahme dieser Einrichtung von Seiten der Arbeitgeber hervorgehe. — Hierauf verliest der Schriftführer Reinhold Müller den Thätigkeitsbericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1903 bis 30. September 1904. Auch er giebt in der Einleitung seiner Rede Ausdruck darüber, daß endlich nach vieljährigem Umherziehen nach allen Himmelsrichtungen der Berlin des Arbeitsnachweises nach menschlichem Ermessen eine bleibende Stätte gefunden habe. „Im Verbands Hause, in welchem eine gar stattliche Anzahl von Männern des Vertrauens, sei es als Verbandsbeamte, sei es als Beamte gesonderter Berufsvereine, für das frische, fröhliche Gedeihen, die kräftige Weiterentwicklung des Ganzen bedeutsame, wichtige Pflichten zu erfüllen haben, wird nunmehr auch der Central-Arbeitsnachweis eine Wirksamkeit vollbringen können, die unbedingt notwendig ist, wenn er den bereits seit Kurzem schon an ihn herangetretenen erweiterten Anforderungen entsprechen soll.“ In Verbindung damit deutet der Referent zugleich an, daß für die Zwecke des Central-Arbeitsnachweises die Bewilligung stärkerer Geldmittel nöthig sei. — Der Vorstand hatte unter Anderem sich auch mit der Wahl eines neuen Arbeitsvermittlers zu befassen, nachdem in Folge seiner Berufung zum Verbandssekretär Herr Klawon sein Amt im Anfang August niedergelegt hatte. Verbandsgenosse Mühlentzels übernahm die Vermittlung provisorisch für die Zeit bis zum 1. Oktober, dem Termine, an dem der Arbeitsnachweis in das Verbandshaus übersiedeln sollte. Der jetztgenannte erkrankte infolge plötzlich und verstarb, so daß der inzwischen zum Vermittler gewählte Kollege August Kretschmer seinen Posten bereits am 8. September antreten mußte. Der als begeisterte Kämpfer für die Volksrechte im Allgemeinen wie auch für die Interessen der Deutschen Gewerksvereine im Besonderen bekannte Kollege Kretschmer werde nach dem Eindrucke, den seine Thätigkeit bereits jetzt hervorgerufen, ehrlich und redlich an seinem Theile bemüht sein, unverdrossen und nach besten Kräften mitzuwirken an dem Ausbau des Arbeitsnachweises zum Wohle aller vom schweren Geschick der Arbeitslosigkeit betroffenen Brüder. Um den letzteren im Verbands Hause den Aufenthalt nach Möglichkeit anheimelnd zu machen, mußte für eine zweckentsprechende, würdige Ausstattung der Räume des Arbeitsnachweises gesorgt werden. Durch Schriften, Karten u. dergl. sollte den Arbeitsuchenden Gelegenheit gegeben werden, über alle Fragen gewerb-

lichen Lebens genaue Auskunft zu erlangen. Auf Grund gemachter Erfahrungen ist ferner der Vorstand zu der Überzeugung gelangt, daß auch in Betreff des Annonciens größere Aufgaben nicht gelöst werden dürfen, sofern für die massenhaft sich meldenden Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeiten nach Möglichkeit beschafft werden soll, und es wird deshalb jetzt in vier hauptsächlich von Arbeitgebern gelieferten Berliner Zeitungen inseriert. Dieser Versuch ist von erfreulichem Erfolge gewesen. Der Referent erinnert am Schluß seines Berichtes mit dem Ausdruck wärmster Genugthuung an die von dem Verbandsanwalt Dr. Girsch gelegentlich der Verbandshauseinweihung gesprochenen Worte: „Bereits ist wahrlich auch nicht der zukunftsreiche Arbeitsnachweis für unsere Mitglieder und andere Stellenjunge, der vor allem der Organisation zukommt.“ — Genosse Kretschmer berichtet über die Ergebnisse der Arbeitsvermittlung während seiner seit dem 8. September begonnenen Amtsperiode und empfiehlt, in Anknüpfung an die alte Frage über die Pflichtvernachlässigung der Arbeitslosen Genossen, betreffs der Abmahnung, ein schärferes Vorgehen gegen dieselben von Seiten der Betriebsvorstände; im Uebrigen hält er auch die Verlängerung der Sprechstunden für notwendig. — Herr Paul Müller erstattet als Kassierer folgenden Bericht: Die Gesamtsumme betrug für das Jahr vom 1. Oktober 1903 bis 30. September 1904 926,41 Mk. die Ausgabe 706,18 Mk., es verblieb demnach ein Bestand von 220,23 Mk. Angeschlossen waren zum 30. September 1904 dem Central-Arbeitsnachweis 5348 Mitglieder. Die Arbeitsvermittlung hatte im verflochtenen Geschäftsjahr folgendes Ergebnis: Es hatten sich arbeitslos gemeldet 977, verlangt wurden 220, in Arbeit gebracht wurden 187, es haben selbst Arbeit gefunden 390 und es verblieben arbeitslos 86 Personen. Herr Müller giebt zu diesem Bericht noch eine sehr interessante Erläuterung der Verhältnisse, betreffs der an der Vermittlung beteiligten Berufe, und veranschaulicht hiermit in klarem Bilde die Konjunktur in jedem einzelnen der von ihm angeführten Gewerbe. — Die Diskussion über diese Berichte war eine sehr lebhaft und nach jeder Richtung interessant; in hervorragender Weise beteiligte sich als Redner der Vertreter des Centralrats, Kollege Klavon, der namentlich aus seinen reichen Erfahrungen heraus in dankenswerther Weise es sich angelegen sein ließ, Mittel und Wege an die Hand zu geben, um den Nachweis nützlich und auszugestalten. Der Centralrat werde sich immer bereit finden lassen, im Rahmen des Möglichen seine Mithilfe zur kräftigen Weiterentwicklung dieses wichtigen Zweiges genossenschaftlicher Selbsthilfe zu betätigen. Eine vom Kollegen Haack eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen; sie lautet: „Die heute am 11. Dezember tagende ordentliche Generalversammlung des Central-Arbeitsnachweises macht es allen Ausschüssen, sowie den Mitgliedern zur Pflicht, darauf zu achten, daß sämtliche Arbeitslosen erforscht den Nachweis benutzen, außerdem aber, wenn solche als Nebenkollegen anfangen, streng darauf zu sehen, daß sich dieselben bei unserem Arbeitsnachweis abmelden.“ — Im Weiteren gab die Generalversammlung folgenden Anträgen, theils einstimmig, theils mit großer Majorität, ihre Zustimmung: Müller: „Dem Stellvertreter eine Gehaltssteigerung zu bewilligen.“ Jordan: „Beauftragte die heutigen Vertreter der Generalversammlung verpflichten sich, bei ihren Generalräthen halbjährlich vorzulegen zu werden, daß die Beiträge zum Arbeitsnachweis auf 15 Pfg. erhöht werden können.“ Ein Antrag des Ortsvereins der Modellschüler Berlin, die Geschäftshunden der Vermittlung von 9 bis 6 Uhr Abends schutzlos, wird auf Antrag des Vorsitzenden für die demnächst stattfindende außerordentliche Generalversammlung zurückgestellt. — Der Vorstand wird schließlich von der Generalversammlung beauftragt, beim Centralrat um Bewilligung einer direkten Fernsprechleitung für den Arbeitsnachweis vorzulegen zu werden. — Bei der Vorstandswahl erklärt Kollege Jordan eine Wiederwahl in Folge seiner Berufung zum Bezirksleiter und der damit verknüpften Geschäftsüberbürdung ablehnen zu müssen. An seiner Stelle wird als Vorsitzender Kollege Müller gewählt. Wiedergewählt werden die Kollegen Paul Müller als Kassierer, Müller als Schriftführer, als Beisitzer die Kollegen Jünger und Corbs, neu gewählt als Beisitzer die Kollegen Karl Behrend (Maschinenbauer) und K. Krämer (Tischler). Den ausschließenden Vorstandskollegen Jordan und Haack beauftragt auf Antrag des Kollegen Fröhlich die Generalversammlung ihren Dank für pflanzgetreue Arbeit. Nachdem noch Kollege Klavon in seiner Freude über den vorliegenden, anregenden Verlauf der Verhandlungen bereiten Ausdruck gegeben, schließt der Vorsitzende mit herzlichsten Glückwünschen für die bevorstehenden Festtage um 2 Uhr die Generalversammlung.

Danzig. Schon seit längerer Zeit haben wir über das Verhalten der hiesigen Gewerkschaftsführer zu klagen, worauf ich hier nicht eingehen will; aber über eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung vom 16. November 1904 muß ich doch Einiges mittheilen. Es wurden Handzettel verteilt und Ingerate erlassen, mit dem Bemerken, die Vertreter der hiesigen Hirsch-Dunker'schen und der Christlichen sind besonders eingeladen, da ihnen vollständige Redefreiheit gewährt wird. Das Referat lautete: Christliche, Hirsch-Dunker'sche und freie Gewerkschaften. Als Referent war ein Herr Trilse aus Elbing erschienen. In der unbekanntem Weise wüthete Schimpferei ging es über uns her. Von Sachlichkeit im Referat war keine Rede. Ich erinnere mich da eines Sprichwortes: Wer schimpft, hat Unrecht! So war es auch hier. In der „freien Diskussion“ hatten weder der Sanftmüthige Holzarbeiter-Verbandes, Herr Louis Gült, noch der Vorsitzende des Schneider-Verbandes, Herr Köpffe, den Muth, das Gegentheil von jener Schimpferei aus eigener Erfahrung an Orte zu bekennen, sondern der „Arbeiterführer“ Herr Bartel, der als Vorsitzender einer hiesigen Krankenkasse eine gute Erfahrung hat, hieb um so kräftiger auf uns ein; seine Meinung scheint zu sein, große Krausausbrüche gebrauchen und die Arbeiter aufheben zu müssen, was ihm auch unser Kollege Krüger zutreffend auf den Kopf zusagte. Auch wir beteiligten uns an der „freien Diskussion“; aber sobald einer von unserer Seite anfang zu sprechen, wurde grober Sarkasmus gemacht, als wenn die Führer hierzu das Kommando gegeben hätten, um uns am Sprechen zu hindern, was auch wohl nicht ausgeschlossen war, da ja auch noch der Schriftführer, Herr Ewert, unseren Rednern beständig am Kermel zwippte, mit dem Bemerken: „Na, nun reden Sie doch!“, obwohl der Sarkasmus weiter tobte, und Worte gebraucht wurden, von denen ich einige hier erwähnen will, z. B.: „Was will der Lump, schmeißt den Keel runter!“ „Eine freie Diskussion“, nicht wahr? Als unser Kollege Krüger zu Worte kam, bat er den Vorsitzenden, er möge doch „freie Diskussion“ geben, wie versprochen, und Ruhe schaffen. Derselbe antwortete: ich mache ja keinen Skandal, daß die Erschienenen ihn machen, dafür kann ich doch nicht! Prächtig! Aber schließlich bequante er

sich doch, um Ruhe zu bitten. Nun konnte unser Krüger sprechen und er verbat sich zunächst das Zupfen am Kermel durch Herrn Ewert und ging dann auf die Ausführungen des Referenten und die des Herrn Bartel ein. Redner widerlegte alle gegen uns vorgebrachten falschen Behauptungen in ruhiger, sachlicher Weise, und bezeichnete zutreffend die Ausführungen der beiden Herren als eine Schädigung der Arbeiterkraft Danzigs, denn daß die Organisationen gemeinschaftlich vorgehen müssen, beweise doch die Bewegung der Tischler und Schneider in Danzig im vergangenen Sommer, wo unsere Ortsvereine weder auf dem Posten gewesen sind. Ein Zeichen, daß auch die Versammelten hiermit einverstanden waren, bewies der große Beifall, den unser Kollege Krüger, trotz des Protestes der Gewerkschaftsführer, erhielt. — Nun, zum Schluß, will ich noch über die Gründung einer Zahlstelle des Steinarbeiter-Verbandes, sowie das Verhalten des Gründers und Vorsitzenden, Herrn Draege, Einiges berichten. Dieser Herr kam am 1. Januar 1902 nach Danzig, da er von einer hiesigen Grabsteinhandlung engagiert war und die Geschäftsführerstelle übernehmen sollte, wozu er aber unfähig war, nach Ansicht des Geschäftsinhabers, und so mußte er gleich den hiesigen Gehilfen mitarbeiten; um sich aber die Gunst zu erwerben, schaute er vor nichts zurück. So versuchte er seine Kollegen zu verschämen, wo es nur ging, und verschaffte sich billigere Arbeitskräfte (die Stunde 38 Pfg., während hier 45 Pfg. gezahlt wurden), aus seiner Heimath zu verschaffen, was der Inhaber aber ablehnte. Nun wurde wieder ein anderes Mittel angewandt; er meißelte 105 Buchstaben in Granit ein in einem Tage (pro Buchstabe wurde 23 Pfg. gezahlt = in 1 Tag 24 Mk. 15 Pfg.). Dieses aber meißelte sich der Inhaber, wie aus Weiterem zu ersehen. Nachdem der Herr Draege 11 1/2 Jahr hier in derselben „kollegialen Weise“ gearbeitet hatte, und alles nichts nützte, so nahm er seine Entlassung, und trat in ein kleineres Geschäft als Geschäftsführer ein, aber hier wurde er bald wieder entlassen. Inzwischen hat sein erster Prinzipal den Auffordrag um 5 pCt. geführt. Um aber wieder auf der ersten Stelle anzukommen, mußte ein anderes Mittel angewendet werden. Der Inhaber war Gutmüthiger geworden, also wurde es auch Herr Draege. Daburch erhielt er Arbeit. So ein rechter „Zielbewußter“ kann eben alles. Unter D.'s Anregung und Führung wurde nun eine Zahlstelle des Steinarbeiter-Verbandes gegründet, und Vorsitzender wurde natürlich Herr D. Der Unternehmer wollte in Anerkennung des Rechts der Arbeiter zur Organisation davon nichts wissen und verlangte, auszutreten aus dem Verbande oder in 14 Tagen aufzutreten. Herr D. und alle Gehilfen hörten sofort auf, da Herr D. ihnen zugesichert hatte, sie erhalten alle ohne Unterschied eine wöchentliche Unterstüzung von 12 Mk. pro Mann und pro Kind 1 Mk. Weil die fünf dies glaubten, legten sie die Arbeit sofort nieder; obwohl ca 5 Wochen ohne Arbeit, zahlte der Verband bis heute gar nichts! Die Firma ist noch gesperrt, aber Einigen erlaubt der Herr Vorsitzende vorläufig zu arbeiten, während wieder Andere als „Streikbrecher“ bezeichnet werden. Es arbeiten jetzt 10 Gehilfen. Kollegen, dieses ist die Laktik eines „modern organisirten Verbandes“. Wir werden uns das hier Gesehene merken und bei einer späteren Bewegung sehen, ob wir es mit einigermassen vertrauenswürdigem Reuten zu thun haben. Bei berechtigten Ansprüchen der Arbeiter werden wir Mann für Mann dafür kämpfen.

Verbands-Zeitung.

*** Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine.**
Telephonisch kann durch Amt VII, Nr. 4720 gesprochen werden mit dem Verbandsbureau und Redaktion „Der Gewerksverein“, Gewerksverein der Tischler und Redaktion „Die Fische“, Gewerksverein der Schuhmacher und Lederarbeiter und Redaktion „Der Lederarbeiter“, Gewerksverein der Klempner und Metallarbeiter und Redaktion „Die Metallarbeiterkorrespondenz“, Central-Arbeitsnachweis der Berliner Gewerksvereine, E. Jordan, Agitationsleiter der Maschinenbauer.
Auf Anruf Amt VII, Nr. 4720, meldet sich das Verbandsbureau und verbindet dann die Leitung mit der gewünschten Sprechstelle.
Das Bureau des Centralrats. Fr. Reustedt.

*** Gewerksverein der Deutschen Stuhlarbeiter (Lektilarbeiter) und verwandter Berufsgruppen.**
Laut Beschluß des Generalrats wird hierdurch die 12. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins zum 23. April d. J., Nachmittags 4 Uhr, nach Goßhaus einberufen.
Anträge zur Generalversammlung sind nach § 24 des Gewerksvereinsstatut mindestens 10 Wochen vor dem Zusammentritt der Generalversammlung dem Generalrat einzureichen. Später eingehende Anträge werden nicht in die Tagesordnung aufgenommen.
Gleichzeitig geben wir bekannt, daß es dem Kollegen J. Baganz-Züllichow gelungen ist, in Züllichow einen Ortsverein unseres Berufes zu gründen. Durch Generalratsbeschuß vom 17. Dezember ist der Verein im Gewerksverein aufgenommen und heißen wir das neue Glied in unserem deutschen Bruderband herzlich willkommen.
Spremburg, den 2. Januar 1905.
Wilhelmstr. 19.
Für den Generalrat:
H. Gahn, Vorsitzender. G. Böttcher, Generalsekretär. D. Schröder, Schachmeister.

*** Norddeutscher Ausbreitungsverband.**
Außer den in Nr. 49 bekannt gegebenen Ortsvereinen haben ferner ihre Beiträge eingekandt: Glatzwerker-Brennau 15 Mitglieder, 1,50 Mk.; Schneider-Stralund 12 Mitglieder, 1,20 Mk.; Stranen und Mädchen-Setzlin-Bredow 22 Mitglieder, 1,10 Mk.; Schuhmacher IV. und I 1905 Greifswald 9 Mitglieder, 1,80 Mk.; Tischler-Basewal 13 Mitglieder, 1,80 Mk.; Maschinenbauer IV und I 1905 Brennau 22 Mitglieder, 4,40 Mk.; Maschinenbauer-Bälzow 26 Mitglieder, 2,60 Mk., Fabrik- und Handarbeiter-Stedenbrünzow

IV und 124 Mitglieder 4,70 Mk.; Tischler-Greifswald 12 Mitglieder 1,20 Mk.; Maschinenbauer Uckermark 21 Mitglieder 2,10 Mk.; Schuhmacher-Stolz 20 Mitglieder 2,05 Mk.; Graphische Berufe IV und I 1905 Stolz 24 Mitglieder 4,80 Mk.; Bauhandwerker-Greifswald 9 Mitglieder 0,90 Mk.; Fabrik- und Handarbeiter-Eggenin 80 Mitglieder 8 Mk.; Tischler-Stettin 82 Mitglieder 8,20 Mk.; Gemischte Gewerksvereine-Stettin 15 Mitglieder 1,50 Mk.; Maschinenbauer-Stettin-Grabow 38 Mitglieder 3,80 Mk. Summa 808 Mitglieder = 84,25 Mk.
 Franz Gallies, Stettin, Holzstr. 15 III, Eingang Eisenbahnstr.

Frauen-Begräbnis-Klasse des Verbandes.
 Quittung über eingegangene Beiträge pro Dezember 1904.
Fabrik- u. Handarbeiter: Frau Bielsch-Graudenj 2,40. **Kaufleute:** Berli 110,64. **Klempner:** Rathenow 19,18. **Porzellanarbeiter:** Zimenau 0,78. **Rapphütte:** 4,68. **Neumann-Weihen:** 4,78. **Schneider:** Gerobach 5,94. **Erlangen:** 6,76. **Weißenfels:** 17,92. **Hermann-Braunschweig:** 1,14. **Schuhmacher:** Halberstadt 10,79. **Zeitz:** 6,44. **Tischlerarbeiter:** Berlin 33,02. **Erlangen:** 21,06. **Forst:** 26,36. **Summa:** 171,89.
 Berlin, den 5. Januar 1905.
 R. Klein, Hauptkassier. E. Klavon, Verbandssekretär.

Versammlungen.
Berlin, Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (D.-D.)
 Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2 - 10 1/4 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstr. 221/223. Gäste stets willkommen. — Sonnabend, 14. Januar 05. **Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Ab. 8 Uhr. Delegiertenwahl, Berichte und Regulatorporto. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Ab. 8 1/2 Uhr. Fruchtsfr. 36 b. Monatsbericht. Aufgaben des nächsten Delegiertenkongresses. Referent: Kollege Sawlicsef. Anträge zum Delegiertenkongress u. a. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Ab. 8 1/2 Uhr, Müllerstr. 161. Tätigkeitsbericht. Bericht vom Central-Arbeitsnachweis. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Ab. 8 1/2 Uhr, Zahlabend, Stettinerstr. 50 bei Herrn Schubert. Am 20. 1. 05. Ausfühung des. — **Klempner und Metallarbeiter IV.** Ab. 8 1/2 Uhr Sitzung, Bürgerhallen, Landbergerstr. 108. — **Klempner und Metallarbeiter VII.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Niems, Faldensteinstr. 6. — **Tischler.** Ab. 8 1/2 Uhr, Adalberstr. 21. I.-D.: 1. Protokollanfrage;

2. Bericht vom Arbeitsnachweis; 3. Erhöhung der Sozialbeiträge; 4. Verschiedenes. — **Vereinigte Ortsvereine der Maschinenbau- u. Metallarbeiter Berlins u. Umgegend.** Sonntag, 15. Januar 05, Vorm. 8 1/2 Uhr im weißen Saale des Verbandshauses. I.-D.: Vorstandswahl. Jahresberichte. Antrag des Generalrats betreffs Auszahlung der Wanderunterstützung durch das Bureau u. a. — **Brauerer-Hilfsarbeiter VII.** Donnerstag, 19. Januar 05, Ab. 8 Uhr, Großbeerenstr. 63 bei Biergens. I.-D. daselbst. — **Bauhandwerker.** Sonnabend, 28. Januar 05, Ab. 8 1/2 Uhr Maskenball im weißen Saale der Union-Fest-Säle (Verbandshaus) Greifswalderstr. 221/223. Gute Vetheiligung erwünscht. **Friedrichshagen, Maschinenbau- u. Metallarbeiter.** Sonnabend, 14. Januar, Abends 8 1/2 Uhr bei Viskhoff, Frankfurter Allee 165. I.-D.: 1. Wahl zum Delegiertenkongress. 2. Verschiedenes. 3. Referat des Kollegen Hartmann über Krankentafelleistungen. — **Magdeburg, Graph. Berufe u. Maler.** Sonnabend, 14. Januar, Ab. 8 Uhr in den Bierjahrenzeiten Krankentafel-Versammlung. — **Gera, Graph. Berufe u. Maler.** Sonnabend, 28. Januar, Abends 8 1/2 Uhr i. Bürgerstr. — **Rixdorf, Klempner u. Metallarbeiter.** Sonnabend, 11. Februar, Ab. 8 1/2 Uhr im Total-Gröpler, Bergstr. 147, Sitzung.

Orts- und Bezirksverbände.
Halle a. d. S. (Ortsverband). Sonntag, 15. Januar, Nachm. 4 Uhr im Saale der „Börsehalle“. — **Reed u. Ung. (Ortsverband).** Sonntag, 15. Januar, Nachm. 4 Uhr bei Wirth Schille in Reed, Sitzung der alten und neuen Vertreter. I.-D.: Vorstandswahl. — **Oberhausen und Umgeg. (Ortsverband).** Sonntag, 15. Januar, Nachm. 5 Uhr im Lokale des Wirths Wensch, Friedenstr. I.-D.: 1. Tätigkeitsbericht. 2. Kasienabschluss. 3. Besprechung bezugs Gründung eines Distriktsklubs. — **Deffau-Nagelau-Naguhn (Ortsverband).** Sonntag, 15. Januar, Nachm. 3 1/2 Uhr Generalversammlung in der Wolfsschlucht in Deffau. I.-D.: 1. Protokolle. 2. Tätigkeits- und Kasienbericht. 3. Vorstandswahl. 4. Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Cohn: „Die deutsche Reichsversicherung“. 5. Bericht über die Einweisung des Verbandshauses. 6. Verschiedenes. — **Luedtshagen u. Umgeg. (Ortsverband).** Sonntag, 22. Januar, Nachm. 3 1/2 Uhr im „Prinzen Heinrich“ in Luedtshagen Hauptversammlung. I.-D.: Geschäftliches. Tätigkeitsbericht. Vorstandswahl. Verschiedenes. — **Stippstadt (Ortsverband).** Sonntag, 22. Januar, Nachm. 2 Uhr Ausfühung. Um 8 1/2 Uhr Vers. im Vereinslokal Stippstadt. I.-D.: Ausfühung u. a.

Anzeigen=Zheil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter.
 Donnerstag, 19. Januar 1905, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Verbandshauses, Greifswalderstr. 221/23

Große Gewerksvereinsversammlung.

I.-D.: „Der heutige Stand der Tarifbewegung innerhalb unseres Berufes“.

Referent: Kollege Gustav Hartmann.

Verbandsmitgliedern aller Berufe sind willkommen.

Der Generalrat.

Kranken- und Begräbnis-Klasse des Gewerksvereins der Deutschen Tischlerarbeiter (Tischlerarbeiter) und verwandter Berufsgenossen.
 Laut Beschluß des Generalrats wird hierdurch die 3. ordentliche Generalversammlung obengenannter Klasse zum 25. April d. J. nach Cottbus einberufen.

Anträge für die Generalversammlung dürfen nach § 42 des Statuts außer vom Generalrat von den Revisoren und Sachverständigen nur gestellt werden, wenn sie von mindestens fünf stimmfähigen Mitgliedern unterstützt sind. Die Anträge müssen spätestens 10 Wochen vor dem Zusammentritt der Generalversammlung dem Generalrat zugehen.
 Spremberg, 2, den 2. Januar 1905.

Für den Generalrat:

K. Hahn, Vorsitzender. S. Böttcher, Generalsekretär. D. Schröder, Schatzmeister.

Ortsverein der graphischen Berufe und Maler I.
36. Stiftungsfest,
 14. Januar cr., Abds. 9 Uhr im Verbandshaus, Greifswalderstr. Nr. 221/223.
 Festrede: **Redakteur Karl Goldschmidt.**
 Verbandsmitgliedern aller Ortsvereine herzlich willkommen!

2 Zigarrenmacher
 (Selbstwickelmacher) finden bei gutem reisenden erhalten Karten zur Vermeidung Material und Lohn von 8 Mk. an, pflegung in der Herberge zur Heimathauernde Arbeit bei C. Stemmweibel bei C. u. St. Biege, Hannover, Galtin Tempeln i. d. Mark.

Schwarzwaldbau (Fabrik- und Handarbeiter). Durchreisende Genossen erhalten Abendbrod, Nachtlosgeld und Frühstück. Karten beim Vorsitzenden S. Pfohl, Schwarzwaldbau.

Kensalz (Ortsverband). Durchreisende erhalten 50 Pfg. b. E. Weisler, Wilhelmstr. 17.

Wittenberg und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Genossen erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung hiesiger bestehender Ortsvereine bei ihren Kassieren, die übrigen Berufe in der „guten Quelle“, Deffauerstr. 94.

Hannover (Ortsverband). Durchreisende erhalten Karten zur Vermeidung Material und Lohn von 8 Mk. an, pflegung in der Herberge zur Heimathauernde Arbeit bei C. Stemmweibel bei C. u. St. Biege, Hannover, Galtin Tempeln i. d. Mark.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Schrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl Hahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
Verbandsratsprotokoll von Hannover. Preis 50 Pfg.
Zeitschriften zum Gewerbevertragsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pfg.
Begleitend durch die Unfallversicherungsgesetze von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pfg.
Fragebüchlein zum Invaliden-Versicherungsgesetz von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.
Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch 160 x 230 mm. Preis 50 Pfg.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine. — **Beschrift zum 25. jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder)** von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.
Volks-Wirtschaftslehre von Dr. E. S. Gutsch. Preis 80 Pfg.
Tätigkeit und Entwicklung der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder). Bericht an den Verbandstag von Karl Goldschmidt. Gratis.
Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Referate von S. Winter-Berlin und S. Berndt. Dresden. Gratis.
Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Referate von Karl Goldschmidt-Berlin und Johann Dornblüth-Bromberg. Gratis.
Tarifverträge und Koalitionsfreiheit. 2 Referate von Karl Hahn-Burg und S. D. Käfer-Nürnberg. Gratis.
Arbeiterschutz, insbesondere Maximalarbeitszeit, vom Standpunkte der Deutschen Gewerksvereine von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Pfg.
Die Deutschen Gewerksvereine, die Besserung der Arbeitsverhältnisse u. die Sozialpolitik von Dr. Max Hirsch. Gratis.
Muster zu Anträgen, Klagen- und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.
 Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Bücher, wie auch Bilder und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
 Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Rizin, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.
Das Bureau des Centralrats.
 Rudolf Klein.